Bundes Roma Verband e.V.
Am Leinekanal 4
37073 Göttingen
T: 0551 – 388 7633

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
Staatsministerin Annette Widmann-Mauz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Stellungnahme zum Nationalen Aktionsplan Integration

Wir begrüßen ausdrücklich den Willen der Bundesregierung, mit den Selbstorganisationen der Migranten ins Gespräch zu kommen, um die Herausforderungen der Integration gemeinsam zu behandeln.

Der bisherige Nationale Aktionsplan Integration stammte aus 2012. Auf die Veränderungen in den letzten Jahren soll mit dem neuen Entwurf reagiert werden.

Maßnahmen der Regierung gegen rassistische Hetze und für mehr Teilhabe begrüßen wir. Teilhabe, das heißt auch Teilen.

Der Nationale Aktionsplan Integration der Bundesregierung will die Migration und Integration fördern – und einen Teil der einwandernden Menschen wirtschaftlich nützlicher machen. Während die anderen in Ankerzentren auf die Ablehnung ihrer Asylverfahren warten sollen? Das Asylpaket I brachte die Unterscheidung zwischen guter und geringer Bleibeperspektive und damit die Einschränkung von Arbeitsförderung. Vielen werden von staatliche geförderten Integrations-Sprachkursen ausgeschlossen. In manchen Städten wird diese Lücke durch private und ehrenamtliche Initiativen gefüllt. Die steigende Isolation durch die Maßnahmen des Asylgesetzes wirkt dagegen als staatliches Desintegrationsprogramm.

Über die neu Eingewanderten sollte man nicht vergessen, dass in Deutschland Menschen leben, die seit Jahren oder gar Jahrzehnten nur geduldet sind. Darunter viele Roma. Diese haben keinen Zugang zu Integrationsprogrammen. Wenn wir eine Gesellschaft wollen, in der wir gut miteinander leben können, und das müssen wir ändern und allen die gleiche Chance geben. Nur so kommen wir zu guter gesellschaftlicher Teilhabe und einer funktionierenden Integration.

Zur Zeit sehen wir uns mit einer Plakatkampagne konfrontiert, die zur freiwilligen Rückreise aufruft. Diese empfinden wir als einen Schlag ins Gesicht. Darüber hinaus denken wir, dass diese Wasser auf die Mühlen all derjenigen ist, die davon träumen, nichtdeutsche Menschen rauszuwerfen. Es gibt

viele Gründe für Flucht und Migration. Viele Menschen, die es geschafft haben, in den letzten Jahren und Jahrzehnten nach Deutschland zu kommen, haben die Entscheidung, ihre Herkunftsstaaten zu verlassen, nicht freiwillig getroffen.

Die Themen Flucht und Migration brauchen Aufmerksamkeit, sollten aber nicht von der Klärung dringender sozialer Fragen ablenken und auch die Diskussionen über die Verbesserung der Bildung nicht verdrängen.

Wir brauchen umfassende Reformen des Staatsangehörigkeitsrechts und des Wahlrechts. Einen Aktionsplan gegen Rassismus.

Die Maßnahmen der Bundesregierung haben für uns den Knackpunkt Ausgrenzung. Wenn Arbeit, Bildung, Ausbildung als Grundvoraussetzungen gelungener Integration gelten, warum wird dann großen Gruppen der Zugang dazu erschwert und verwehrt?

Wir brauchen gleiche Rechte und eine faire Chance auf gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen. Das Ausschließen eines Teils der Menschen aus dem Aktionsplan ist das Gegenteil. Das können wir weder akzeptieren noch gutheißen.

Was Roma betrifft, erleben wir mehr als ein staatliches und gesellschaftliches Versagen. Die Ausgrenzung und Entrechtung von Roma nimmt zu. Die bundesdeutschen Gesetze tragen massiv dazu bei. Das geplante Fachkräftezuwanderungsgesetz möchte z.B. Menschen aus den sogenannten sicheren Herkunftsstaaten weitgehend von Arbeit und Ausbildung ausschließen. Personen, die ab dem 31.8.2015 eingewandert sind, sollen mit einem generellen Arbeitsverbot belegt werden. Ausbildungsduldungen werden damit auch verunmöglicht.

Die Situation derjenigen Menschen, die keine sicheren Aufenthaltstitel haben, von Menschen mit »geringer Bleibeperspektive«, die seit Jahren in Deutschland leben, oder von Menschen, die aufgrund ihres prekären Status in hohem Maße von Ausbeutung (z.B. durch Arbeitgebende oder Vermietende) betroffen sind, kommt im Aktionsplan nicht vor. Sie sind hier und sie brauchen auch eine faire Chance auf Zukunft.

Nizaqete Bislimi-Hošo
Vorsitzende

Kenan Emini
stellv. Vorsitzender

Mitunterzeichner:

KORIENTATION